Deutscher Bundestag **Drucksache 18/9845**

18. Wahlperiode 27.09.2016

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Alexander S. Neu, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksachen 18/9632, 18/9793 –

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN im Mittelmeer

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Mit dem vorliegenden Mandat trägt die Bundeswehr im Rahmen der NATO zur weiteren Militarisierung des Mittelmeers bei. Die Bundeswehr ist an vier Militärmissionen im Mittelmeer beteiligt. Die älteste Mission, die NATO-Operation Active Endeavour (OAE), soll nun durch SEA GUARDIAN mit erweitertem Mandat abgelöst werden. Das Einsatz-Mandat ist sowohl räumlich als auch thematisch äußerst breit gefasst. Das Mandatsgebiet umfasst das gesamte Mittelmeer plus die Zugänge und, das Einverständnis der Anrainer vorausgesetzt, die Territorialgewässer, außerdem den dazugehörigen Luftraum.

2. SEA GUARDIAN soll den Seeraum überwachen und damit Waffen- und Menschenschmuggel und Terrorismus, einschließlich den Islamischen Staat, eindämmen. Schon ein Blick auf die Vorgängermission zeigt, dass dies zum Scheitern verurteilt ist. OAE war ursprünglich als Reaktion auf die Anschläge am 11. September 2001 in New York unter Berufung auf den NATO-Bündnisfall eingerichtet worden und sollte ebenfalls der Terrorbekämpfung dienen. Im Rahmen von OAE wurden in 14 Jahren über 129.000 Schiffsfahrten überwacht und 172 Schiffe kontrolliert, allerdings wurde keine einzige Ladung illegaler Waffen beschlagnahmt und kein einziger Terrorist verhaftet.

3. SEA GUARDIAN ist ebensowenig wie OAE ein wirkungsvoller Beitrag zur Bekämpfung von Terrorismus. SEA GUARDIAN ist vielmehr der Versuch der NATO, die militärische Kontrolle über den gesamten Schiffsverkehr im Mittelmeer auszubauen. Über die Fläche des gesamten Mittelmeeres unterhält die NATO ein Netz von über 8000 Horchposten, die dazu dienen, alle Schiffsbewegungen im Mittelmeer

zu registrieren und auszuwerten. Gleichzeitig leistet die NATO der EU damit Schützenhilfe, um die Migration über das Mittelmeer zu unterdrücken.

4. Die Europäische Union (EU) und die NATO verstehen das Mittelmeer als Südflanke des gemeinsamen transatlantischen Raumes und koordinieren zunehmend Überwachung und Kontrolle. Mit SEA GUARDIAN wird die EU-NATO-Kooperation weiter verstärkt. SEA GUARDIAN soll mit der EU-Mission EUNAVFOR MED und der EU-Grenzschutzagentur Frontex kooperieren.

EUNAVFOR MED war ursprünglich mit dem Auftrag gestartet, sogenannte Schlepper zwischen Libyen und Italien abzufangen und Geflüchtete aus Seenot zu retten. Mittlerweile wurde das Mandat von EUNAVFOR MED auf die Ausbildung der libyschen Küstenwache und die Überwachung des Waffenembargos der Vereinten Nationen (VN) über Libyen ausgeweitet. Aus EUNAVFOR MED ist eine hochgefährliche Militärmission geworden.

In ähnlicher Weise soll auch SEA GUARDIAN in Kooperation mit Mittelmeer-Anrainerstaaten, wie es heißt: „– auf deren Anfrage hin –“, dem Ausbau von militärischen Kapazitäten „durch Ausbildung und gemeinsame Übung“ dienen. Anrainerstaaten sollen unter Anleitung der NATO offenkundig militärische Operationen durchführen, um NATO-Streitkräfte zu entlasten.

Durch die Kooperation von SEA GUARDIAN mit EUNAVFOR MED ist die NATO nicht nur an der Kontrolle von Flucht- und Handelswegen im Mittelmeer beteiligt, sondern militärisch vor der libyschen Küste involviert. Die Einrichtung von SEA GUARDIAN ist somit ein weiterer Schritt zu einer gefährlichen und konflikteskalierenden Militarisierung des Mittelmeers, die nicht zuletzt auch eine Bedrohung für die Flüchtenden aus Afrika ein wachsendes Problem darstellt. Parallel zur Aufrüstung im Mittelmeer steigt die Zahl derer, die auf den immer gefährlicheren Überfahrt-Routen nach Europa ihr Leben lassen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– die Bundeswehr nicht an der Operation SEA GUARDIAN zu beteiligen,
– die Bundeswehr aus allen bestehenden Militäroperationen im Mittelmeer zurückzuziehen,
– in der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass die militärische Kooperation mit der NATO im Mittelmeer beendet wird,
– in der NATO darauf hinzuwirken, dass die Operation SEA GUARDIAN nicht eingerichtet wird,
– in der EU darauf hinzuwirken, dass EUNAVFOR MED durch eine zivile Seenotrettung ersetzt wird.

Berlin, den 27. September 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Satz: Satzweiss.com Print, Web, Software GmbH, Mainzer Straße 116, 66121 Saarbrücken, www.satzweiss.com
Druck: Printsystem GmbH, Schafwäsche 1-3, 71296 Heimsheim, www.printsystem.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333